

SONDERAUSGABE 2024

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER  
UND POLITIK

# Notizen

DJG

● UMFRAGE-  
ERGEBNISSE  
E-AKTE

● JUMIKO-DEMO  
BERLIN



# WAS WIRKLICH BRENNT

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
BUNDESVERBAND

# Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins<sup>1</sup>

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung.  
Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle  
Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins<sup>1</sup>.

Exklusiv für  
**dbb-Mitglieder**  
und ihre  
Angehörigen



**Jetzt informieren**

[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb) oder Mail zum Thema  
**Baufinanzierung für dbb-Mitglieder** an  
[baufinanzierung@bbbank.de](mailto:baufinanzierung@bbbank.de)

<sup>1</sup> Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind und ist bis zum 31.12.2025 befristet.

## Themen

- *Vorwort Bundesleitung* ..... 04
- *Auswertung der Befragung zur  
Einführung der E-Akte* ..... 05
- *Ein Statement zur Umfrage aus Hamburg* .....09
- *28. November 2024:  
Berlin - Demonstration im Rahmen der JUMIKO  
Bericht und Impressionen* ..... 11
- *Pressemitteilung (Abdruck) zur Demonstration* ..... 14

Sonderausgabe der DJG notizen mit den Ergebnissen der bundesweiten Sommerumfrage zur Einführung der E-Akte.

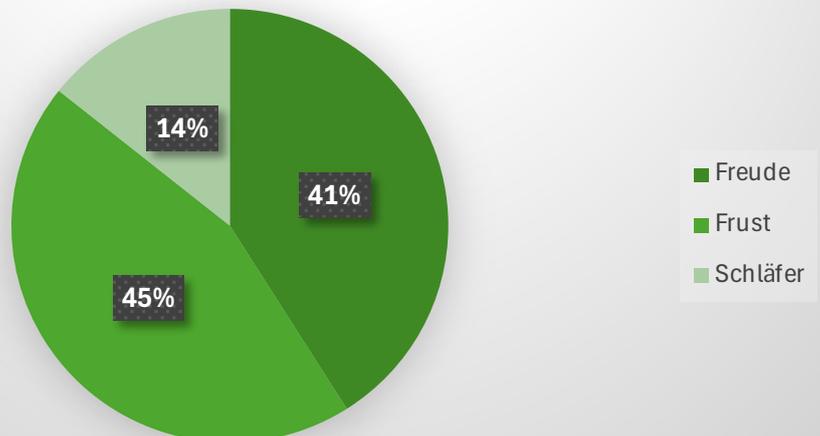
1.251 Kolleginnen und Kollegen haben an der Befragung teilgenommen und wir haben die Antworten nun ausgewertet.

### Und außerdem:

Am 28. November 2024 waren Kolleginnen und Kollegen aus vielen Landesverbänden in Berlin, um vor dem Beginn der Herbstkonferenz der Justizministerkonferenz zu demonstrieren. Wir haben uns vor Ort umgehört und die Stimmung in Bildern festgehalten.

## Einführung E-Akte zum 01.01.2026

n = 1.251 Teilnehmende



## VORWORT

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

als wir Ende Mai 2024 mit der Bundesleitung sowie den Landesvorsitzenden Frank Meyer (Bremen), Bianca Korbanek und Torsten Lieberam (Niedersachsen) in Wildeshausen tagten und über aktuelle gewerkschaftspolitische Themen diskutierten, war die E-Akte ein zentrales Thema. Man hört natürlich immer wieder Meinungen dazu aus den Ländern und auch das eine oder andere Statement trifft schriftlich ein. Jedoch waren die hier und dort getätigten Aussagen schwer zu fassen, um daraus

ein Argumentationspapier zu erstellen, welches der Politik weitergereicht werden kann. Dieses muss valide sein und sich auf eine repräsentative Vielzahl an Meinungen stützen, um nicht „aus dem Bauch heraus“ mit Verantwortlichen zu diskutieren.

So bestand im Termin im Mai schnell Einigkeit, dass eine bundesweite Abfrage bei Gerichten und Staatsanwaltschaften erfolgen sollte, damit die Bundesleitung für zukünftige Gespräche eine Argumentationshilfe hat.

Nach unserem Aufruf hier an dieser Stelle in den DJG notizen 01/2024 sowie in weiteren Kanälen waren wir überwältigt, welche Resonanz die Umfrage ausgelöst hat. Mehr als 1.200 Kolleginnen und Kollegen haben sich beteiligt und zum Teil ausführliche und aufschlussreiche Hinweise gegeben. Die in den offenen Fragen eingereichten Antworten haben wir nach Themenfeldern geordnet und entsprechend ausgezählt – in dieser Sonderausgabe der DJG notizen möchten wir die Ergebnisse vorstellen.

Ein zweites Thema dieser Sonderausgabe ist der Rückblick auf unseren Protest im Rahmen der Herbstkonferenz der Justizminister der Länder (JUMIKO). Mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen waren wir am 28. November 2024 vor Ort in Berlin am Veranstaltungsort, der niedersächsischen Landesvertretung. Beim Eintreffen der Justizminister haben wir mittels Plakaten und Transparenten unsere zentralen Punkte deutlich machen können: WERTSCHÄTZUNG und RESPEKT, MEHR GELD und MEHR STELLEN sowie der Fokus auf ZUKUNFT JUGEND haben wir den Konferenzteilnehmenden zu Beginn entgegen gehalten.

Im Vorfeld wurden Presse- und Medienvertreter mit einer Pressemitteilung eingeladen. In dieser Information haben wir als DJG nochmals begründet, warum wir akut Gefahren für die Justiz sehen, wenn man der dritten Gewalt im Rechtsstaat Sachmittel und personelle Ressourcen entzieht oder keine fruchtenden Ideen hat und umsetzt, wie die Justizberufe für den Nachwuchs attraktiv gestaltet werden sollten. Einige Impressionen von der Demonstration finden unsere Leserinnen und Leser ebenfalls in der vorliegenden Sonderausgabe.

**Mit kollegialen Grüßen**  
**Beatrix Schulze und Klaus Plattes**





## Auswertung der Befragung zur Einführung der E-Akte

Die Umfrage zur Einführung der E-Akte wurde im zweiten Quartal 2024 bundesweit durchgeführt. Die Umfrage war erreichbar mittels eines Links bzw. eines QR-Codes und wurde in verschiedenen Medienkanälen beworben.

Es gab im Zeitraum von Juni bis August 2024 insgesamt 1.251 Teilnehmende. Durch die große Zahl an Teilnehmenden und der Option der Teilnahme zu keiner bestimmten Uhrzeit an einem bestimmten Ort kann die sogenannte Stichprobe als repräsentativ gewertet werden. Das bedeutet, dass auch bei der Befragung einer größeren Menge an Bediensteten die Umfrageergebnisse nicht wesentlich von den ermittelten Ergebnissen abweichen würden. Die Umfrage fand anonym statt und es wurden keine soziodemografischen Merkmale erhoben.

Die Umfrage bestand aus lediglich zwei Fragen: Zur Frage nach den Erfahrungen mit der E-Akte bestand die Wahl zwischen den Antworten Freude, Frust oder „Schlafe noch“, eine weitere Frage war dann jene Frage nach dem Grund, also „Warum?“

Um die offene Frage nach dem Grund auswerten zu können, wurden verschiedene Themen-Cluster gebildet. So lässt sich auch bei längeren Antworten herausfinden, welche Aussage im Kern getroffen wurde.

Dennoch blieben die Antworten der offenen Frage nicht ungelesen, da dieser Teil zwar detaillierte, jedoch auch wichtige Hinweise beinhaltet. Einige relevante Zitate bzw. Antworten wurden in die Auswertung aufgenommen, um die evaluierten Daten mit weiteren Inhalten zu untermauern.

Zum Schluss der Auswertung wurde noch via E-Mail an alle Landesverbände die Frage gerichtet, wie aus deren Sicht und Erfahrung das Thema Einführung E-Akte zum 1.1.26 beurteilt wird. Diese Antworten wurde ebenfalls in der Präsentation der Umfrage zitiert.

Die Umfrage steht den Landesverbänden als Powerpoint- bzw. PDF-Datei zur Verfügung und kann bei der Bundesleitung per E-Mail angefordert werden.

**Klaus Plattes**

“ O-Ton

Möglichkeit der Schaffung mobiler Arbeitsplätze (Homeoffice) und damit bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf; unkomplizierte Abarbeitung der Akten ohne unnötige Transportwege; Zeitgleiche Bearbeitung unterschiedlicher Stellen von einer Akte wird möglich.

“ O-Ton

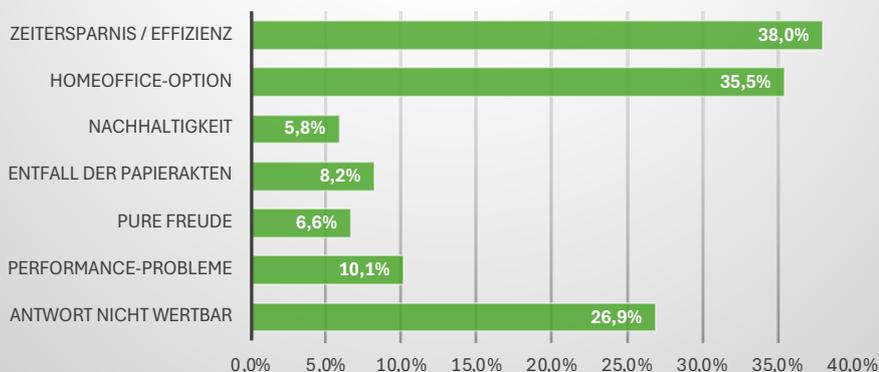
Freude und Skepsis. Freude, weil man theoretisch sehr gut und effektiv arbeiten kann. Zudem bietet die Digitalisierung mehr Möglichkeiten im Homeoffice zu arbeiten, was den Job attraktiver macht. Außerdem haben damit Mütter und Väter eher die Möglichkeit in den Job zurückzu-kehren, was jetzt oft wegen der Anwesenheitspflicht und der Entfernung zum Büro nicht geht.

“ Grundsätzlich finde ich die E-Akte super, es gibt ein paar Dinge, die noch nicht optimal sind, und im Fachverfahren Nachlass grundsätzlich schwierig bleiben werden. Aber ich als Mutter konnte meine Stunden erhöhen, weil ich durch die Digitalisierung einiges von zu Hause bearbeiten kann und somit Familie und Arbeit gut unter einen Hut bekomme ;-)

“ O-Ton

### Einführung E-Akte zum 01.01.2026

n = 513 Datensätze in der Kategorie "FREUDE" - relative Werte  
(Durch Mehrfachnennungen n = 673 Antworten gesamt)



Unter den Antworten „Zeitersparnis/ Effizienz“ wurde i.d.R. die schnellere Bearbeitungszeit, aber auch die Option des gemeinsamen Zugriffs auf die Akten und die Sicherheit genannt, dass E-Akten nicht verloren gehen können.

Ein Anteil von mehr als einem Drittel verbindet mit der E-Akte den Vorzug von Homeoffice-Regelungen bzw. dem mobilen Arbeiten, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Work-Life-Balance) oder der Chance auf Teilzeitbeschäftigung.

Auch die Ersparnis des Arbeitsweges durch Homeoffice wurde genannt.

Ein Anteil von ca. 6 % begrüßt die ökologischen Aspekte durch den Wegfall der Papierakten.

Ein Anteil von 6,6 % drückte „... einfach nur Begeisterung und Freude über die E-Akte“ aus.

Ca. 8 % verbinden mit dem Wegfall der Papierakte vor allem pragmatische Verbesserungen, also keine schweren haptischen Aktenberge, die in den

Dienststellen von A nach B transportiert werden müssen oder (in kleineren Dienststellen) auch das Archivierungsproblem lösen.

Trotz der Freude über die E-Akte gaben ca. 10 % der Antwortenden an, dass es noch Probleme in der Performance und im Prozessablauf gibt. Am häufigsten genannt wurden Störungen in der IT und langsame Geschwindigkeit beim Bearbeiten der E-Akte.

Im weiteren wurde zum Teil die schlechte Ausstattung der IT mit alten Endgeräten bemängelt.

Einige Antworten bezogen sich auf nicht durchgeführte oder nicht hinreichend gute Schulungen zur Einführung der E-Akte.

Nicht verwertbare Antworten waren allgemeine Aussagen, die nicht zur gestellten Frage passten, oder keine Antworten im Eingabefeld „Warum?“



O-Ton

Performanceprobleme,  
Schattenkopien,  
Serverprobleme,  
Systemausfälle u.a.,  
einfach ohne Worte



Habe nur einen 3-stündigen  
Crash-Kurs als Einführung in  
e2A erhalten, in der ich lernen  
sollte, wie man den Filter  
einstellt. Das war's!



O-Ton



O-Ton

... viel zu wenig  
Personal für die  
Umstellung  
der E-Akte



Über ein Drittel der Teilnehmenden nennt in der offenen Frage „Warum?“ in der Kategorie FRUST die Performance. Seltener wird hier die mangelhafte Ausstattung in einigen Dienststellen genannt, sondern in der Regel Betriebsunterbrechungen, Störungen, kein Zugriff und Zeitverluste.

Im gleichen Kontext halten ca. 28 % die Software für nicht ausgereift, weil sie noch Bugs enthält bzw. in bestimmten Arbeitsbereichen nicht angewendet werden kann.

Gut ein Viertel der Umfrageteilnehmenden gibt an, durch die E-Akte mehr Zeit aufwenden zu müssen. Weniger ist damit die Doppelbelastung gemeint, weil die Einführung parallel zum Tagesgeschäft läuft bzw. noch Papierakten zusätzlich geführt werden, sondern der Mehraufwand durch zusätzliche Arbeitsgänge (Scannen, Switch zwischen Anwendungen, Freigaben, etc.).



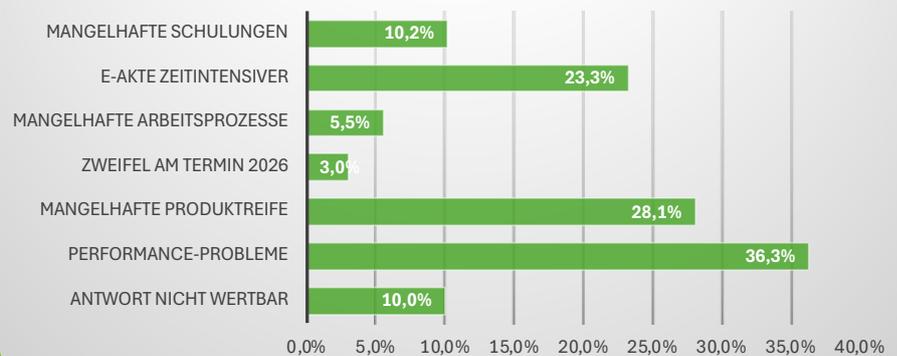
O-Ton

Bitte Acusta (Textsystem der Staatsanwaltschaften) erhalten und uns nicht dazu zwingen mit dem Programm TSJ der Gerichte zu arbeiten. Wieso sollen wir uns den Gerichten anpassen?! Die Staatsanwaltschaften haben keine Lobby. Wir brauchen unser Textsystem, damit nicht noch mehr Chaos und Umgewöhnung entsteht. Wir sind ohnehin schon die Behörde, die es mit der E-Akte am schwersten haben wird. Alleine aufgrund unseres hohen Arbeitspensums an täglichen Akten.



### Einführung E-Akte zum 01.01.2026

n = 559 Datensätze in der Kategorie "FRUST" - relative Werte  
(Durch Mehrfachnennungen n = 651 Antworten gesamt)



Wenige Personen (ca. 3 %) zogen den Einführungstermin 1.1.2026 in Zweifel.

Ca. 10 % klagten über keine bis hin zu mangelhaften Schulungen bzw. dass es diese nur digital gibt, nicht aber durch Trainer vor Ort durchgeführt werden.

In ca. 5,5 % der Antworten war genannt, dass kein Einbezug der Belegschaft in das Projekt „Einführung E-Akte“ stattgefunden hat bzw. es keine Status-Informationen diesbezüglich gibt.

10 % der Antworten enthielten keine Antwort oder keine themenbezogenen Aussagen.

# 14 % sind Schläfer

Ca. 17,5 % der Gruppe der „Schläfer“ gaben Gründe bei der Antwort an, warum es an der Einführung aktuell scheitert:

## Infrastruktur

>> es fehlt an technischer Ausstattung oder an Angeboten zur Schulung betreffend der E-Akte (7,1%)

## Kapazität

>> es fehlt an ausreichend Personal zur Umsetzung (2,2%)

## Kommunikation

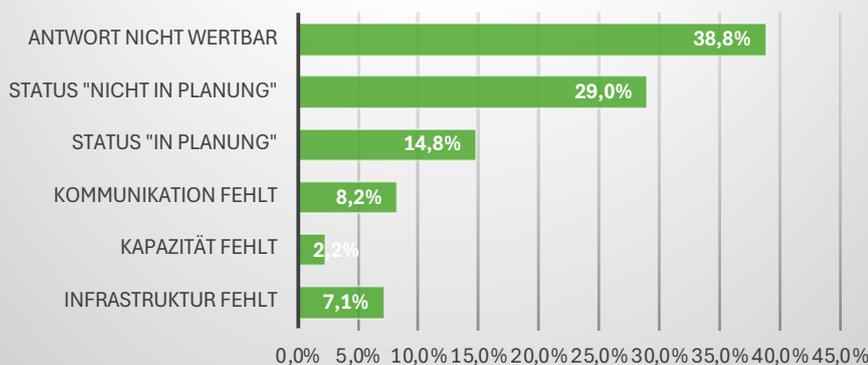
>> es gibt keine ausreichenden Informationen zum Projektstatus (8,2%)

Ca. ein Drittel (29 %) gaben an, es sei kein Beginn der Einführung der E-Akte in Aussicht. Ca. 15 % gaben an, die Einführung sei „in Planung“.

Ca. 40 % der Antworten konnten aus verschiedenen Gründen nicht gewertet werden (keine bzw. keine ernst gemeinte Antwort, keine Antwort auf die Frage, allgemeine Befindlichkeiten und Sorgen ohne Bezug zur Einführung E-Akte).

## Einführung E-Akte zum 01.01.2026

n = 183 Antworten in der Kategorie "Schläfer"  
(Mehrfachnennungen möglich)



“ O-Ton  
Wir wissen, dass die E-Akte kommt, aber mehr auch noch nicht.

“ O-Ton

Die E-Akte soll demnächst auch hier für die Js-Verfahren eingeführt werden. Es werden jeweils eine Kollegin pro Abteilung geschult. Besser wäre eine fundierte Schulung aller. Bei der hohen Arbeitsbelastung ist eine Einarbeitung in so eine komplexe Thematik problematisch. In Js-Owi ist die E-Akte bereits da. Die Kollegen sind bei der Bearbeitung unsicher und jeder macht es so wie er/sie es meint.

“ O-Ton

Die E-Akte in (.....) ist noch in der Probephase. Im Nachlass gibt es ebenfalls noch keinen Hinweis darüber, wann und wie sie laufen soll. Informationsfluss ist sehr schlecht.

”

”

### Redaktion und Fotos:

Klaus Zallmann und DJG sowie namentlich gekennzeichnete Berichte

### Layout:

Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

### Titelseite:

V.l.n.r.: Jenni Dieling, Tim Sudheimer und Julia Neis (Junge DJG)

## IMPRESSUM

### DJG notizen

Mitgliederinformation  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft  
Bundesverband (DJG)

### V.i.S.d.P.:

Beatrix Schulze und  
Klaus Plattes  
(Bundesvorsitzende)

## Ein Statement zur Umfrage aus Hamburg

Die Digitalisierung der Justiz in Hamburg ist weit vorangeschritten. Wir haben aber festgestellt, dass sich Personalbedarfe allenfalls verschieben, nicht reduzieren. Akten digitalisieren sich nicht von alleine – auch dafür brauchen wir Personal! Viele Chancen der Digitalisierung hat der Gesetzgeber nicht genutzt. Digitalisierung

aufbereiten, um den Mitarbeitern die Arbeit zu erleichtern. So weit wollte der Gesetzgeber aber leider nicht gehen. Die diffuse Hoffnung, dass der Computer alles von alleine regelt, ist Unfug. Und so bleibt auch der Justizmitarbeiter 2.0 vor allem eins: ein Mitarbeiter. Und der fehlt uns. Denn die Mitarbeiter erhalten nicht einmal



sollte mehr sein als die Speicherung der Akten im Computer. Aber für diese Erkenntnis bräuchte es wohl KI in den Ministerien.

Gerechtigkeit lässt sich nicht digitalisieren – ohne Mitarbeiter in der Justiz gibt es kein Recht. Aber man könnte die Akten elektronisch

einen Bruchteil der Aufmerksamkeit wie „Kollege Computer“. Wenn die Digitalisierung der Justiz in Hamburg noch scheitert, dann nur an fehlenden Mitarbeitern mit angemessener Bezahlung.

**Jörg Osowski**  
Vorsitzender  
Landesverband Hamburg

JUSTIZ

ÖFFENTLICHER DIENST

IHR SORGT FÜR  
SICHERHEIT

WIR SICHERN EURE  
GESUNDHEIT

JUSTIZ



Ihr für uns. Wir für Euch.  
Das **Füreinander** zählt.

*Debeka*

Versichern und Bausparen



## 28. November 2024 JUMIKO Berlin

In den frühen Morgenstunden trafen sich am 28. November die Kolleginnen und Kollegen der DJG Landesverbände in Berlin vor der niedersächsischen Landesvertretung – hier fand die JUMIKO Herbstkonferenz für Justizministerinnen und Justizminister 2024 statt. Es wurden fleißig Banner und Plakate sowie Aufkleber für die Jacken ausgepackt und verteilt, welche bereits zuvor an die Berliner Kollegen gesendet wurden. An dieser Stelle vielen Dank im Namen der Bundesleitung dafür, dass wir Eure Unterstützung vor Ort in Berlin in Anspruch nehmen durften.

Nicht so ganz auf unserer Seite war an diesem Morgen das Wetter - es regnete und entsprechend war es windig und kalt. Das sollte jedoch kein Hindernis sein, die Teilnehmenden der Konferenz darauf aufmerksam zu machen, wie es aktuell bundesweit um die Justiz bestellt ist. Es fehlen Stellen, es fehlt Geld (u. a. für die Digitalisierung), die Gewinnung von Nachwuchs läuft suboptimal und vor allem fehlt es oftmals an Respekt und Wertschätzung für die Justizbediensteten in den Ländern, welche die akute Mangelverwaltung trotz aller Unwegsamkeiten Tag für Tag schultern.

Umso erfreulicher war es, dass sich einige der vor Ort eintreffenden Justizministerinnen und Justizminister bzw. die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre dennoch die Zeit genommen haben, um für kurze Zeit die demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen der DJG zu begrüßen und ein paar Worte zu wechseln. In den Dialogen haben wir den Eindruck gewonnen, dass wir unser Anliegen gut positionieren konnten und sind mit vielen Vertreterinnen und Vertretern der Länder verblieben, weiter den Kontakt für in Zukunft vertrauensvolle Gesprächen aufrecht zu halten.



Alle Fotos: (c) 2024 - Klaus Zallmann



Beatrix Schulze und Klaus Plattes im Dialog mit Staatsminister Georg Eisenreich (links im Bild), Bayerisches Staatsministerium der Justiz



Kathrin Wahlmann, Justizministerin Niedersachsen mit Klaus Plattes und den Kolleginnen und Kollegen des Landesverbands Niedersachsen



Dr. Matthias Frey, Justizminister Rheinland-Pfalz, grüßte die Kolleginnen und Kollegen der DJG kurz per Handzeichen



Bild links: Dirk Biegel (DJG Saarland) mit Staatssekretär Dr. Jens Diener, Ministerium der Justiz Saarland



Marion Gentges, Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg, nahm sich Zeit und sprach mit unseren demonstrierenden Kolleginnen und Kollegen



Bild rechts: Staatssekretärin Meike Herz, Justizministerium Thüringen im Gespräch mit Cornelius Nal (DJG NRW)



Dr. Daniela Brückner, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz NRW und Anna Gallina, Senatorin für Justiz, Hamburg



Franziska Weidinger, Ministerium für Justiz in Sachsen-Anhalt und Staatssekretär Steffen Eckold mit DJG Bundesleitung Beatrix Schulze



Katja Meier, Sächsisches Staatsministerium der Justiz



Unsere Kolleginnen und Kollegen aus vielen Bundesländern demonstrierten trotz Wind und Regen:  
 Bild links: Vertreterinnen und Vertreter aus Brandenburg,  
 Bild oben rechts zeigt Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen-Anhalt, darunter aus Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen. Darüber hinaus nahmen auch die Landesverbände Berlin, Hessen, NRW und Hamburg vor Ort teil.



Press release

Seite 14

Pressemitteilung  
der DJG vom  
26.11.2024  
(Abdruck)

v v v

## Bedienstete der Justiz in den Ländern fordern von ihren Justizministern

- > WERTSCHÄTZUNG
- > RESPEKT
- > MEHR STELLEN
- > MEHR GELD
- > ZUKUNFT JUGEND

Die Justiz in Deutschland wird stetig mittelmäßiger. Doch eine stabile und verlässliche dritte Gewalt ist unerlässlich für den Rechtsstaat und das Vertrauen der Bevölkerung in das Rechtssystem. Dieses Vertrauen schwindet mit jeder weiteren Meldung in den Medien und sich häufenden Berichterstattungen, die aufzeigen, dass es sowohl im Bereich des Personals als auch bei Ausstattung der Arbeitsplätze und der Digitalisierung spürbare Engpässe gibt. Über alle Gruppen an Bediensteten in der Justiz hängt das Damoklesschwert der Demografie und der Mangelverwaltung einerseits sowie steigender Fallzahlen und komplexerer Aufgabenbewältigung andererseits - niemand mag vorhersehen, wann das System vom Glück verlassen wird und kollabiert.

Häufig und zu Recht verweisen Richterbund und Staatsanwaltschaftsvertretende darauf, dass es an Richter:innen und Staatsanwält:innen sowie Rechtspflegenden fehlt. Die Sorge der Nachwuchsgewinnung ist groß und behaftet mit quantitativen und qualitativen Herausforderungen.

Eine jedoch nicht unbedeutende weitere Komponente, in der sich exakt die gleichen Probleme abbilden, sind jene Bediensteten des Justizapparates, die gleichermaßen eine zentrale Säule im System sind - die in deutschen Gerichten, Fachgerichten und Staatsanwaltschaften ca. 196.000 tätigen Verwaltungskräfte in Beamten- und Angestelltenverhältnissen.

...

...

Die Justizwachtmeister:innen, die für Sicherheit und reibungslose Abläufe in Gerichten und Staatsanwaltschaften sorgen, Bedienstete in den Geschäftsstellen, die Richtern und Staatsanwälten zuarbeiten oder die Justizkräfte, die für Verwaltungsakte und Dokumentation zuständig sind, Fachkräfte in den Ausbildungszentren der Justiz – sie alle leiden Tag für Tag unter Personalmangel, Mehrarbeit durch hohe Krankenstände und fehlenden Nachwuchs. Ihre Arbeit wird zusätzlich beeinträchtigt durch schlechte Ausstattung oder mangelnde digitale Komponenten. Föderale Zuständigkeiten der Länder führen zu völlig unterschiedlichen Professionalisierungsgraden, was die Einführung der E-Akte bindend im Jahr 2026 betrifft. Die Liste ließe sich fortschreiben ...

Trotz all dieser Unwegsamkeiten leisten die Bediensteten in der Justiz mit vollem Einsatz hoch motiviert ihren Tagessoll und regelmäßig auch Aufgaben und Tätigkeiten darüber hinaus in Mehrarbeit. Engagieren sich im Wissenstransfer zwischen den Generationen und investieren zum Tagesgeschäft in die Zukunft durch Ausbildung der jungen Kolleg:innen.

Man könnte also seitens der Bundesländer vor allem erwarten, dass dieser unermüdlichen Leistung RESPEKT und WERTSCHÄTZUNG gezollt wird. Umso unerträglicher sind dann politische Debatten über Stellenkürzungen oder die Pro-Kopf-Erhöhung von Fallzahlen. Umso unverständlicher ist, dass es für die Ausstattung der Arbeitsplätze und die Digitalisierung, hier insbesondere der qua Gesetz fixierten E-Akte-Einführungspflicht zum 1.1.26, keine Mittel in ausreichender Form bereitgestellt werden. Blickt man allein in den Haushalt 2025 des Landes NRW als einem der bevölkerungsreichsten Bundesländer, so lassen sich aus dem erhöhten Etat gerade eben die Folgen der Inflation und regulären Kostensteigerungen sowie die für 2025 anfallenden Kosten der im TV-L verhandelten nun tabellenwirksamen Lohn- und Gehaltssteigerungen nebst den Personalnebenkosten sowie der entsprechenden Übertragung auf die Besoldung für die verbeamteten Kräfte bestreiten – ein Armutszeugnis.

Die Herbstkonferenz der Justizminister der Länder nimmt die DJG daher zum Anlass, zu Beginn der Konferenz, die in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin stattfindet, für RESPEKT, WERTSCHÄTZUNG, MEHR STELLEN, MEHR GELD und ZUKUNFT JUGEND zu demonstrieren. Es werden ca. 60 bis 70 in der DJG der Länder engagierte Demonstranten erwartet. Die Bundesvorsitzenden der DJG, Beatrix Schulze und Klaus Plattes, werden ebenfalls vor Ort sein und gerne weitere Fragen beantworten.

**Wir laden Sie herzlich ein, vor Ort zu berichten und unser Anliegen in die Öffentlichkeit zu transportieren. DJG Bundesleitung**



**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

## Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



Seite 16



**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
FORDERT VON DEN BUNDESLÄNDERN**

**WERT  
SCHÄTZUNG**  
FÜR DIE JUSTIZ-BEDIENSTETEN

Wir sind die größte Fachgewerkschaft innerhalb der Justiz. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für alle Justizbediensteten (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Länder.

Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

**DJG.DE**